

Hebesätze für Grundsteuer sinken

Gemeinderat beschließt aber Erhöhung der Gebühren für die Straßenreinigung

WEDEMARK (KRA). Für die Berechnung der Grundsteuer sind zwei Werte maßgeblich: der Grundsteuermessbetrag, der von den Finanzämtern berechnet wird, und der jeweilige Hebesatz, den die Kommunen festlegen. Der Gemeinderat der Wedemark hat in seiner Sitzung am Montag, 18. November, Hebesätze beschlossen, die zu noch relativ überschaubaren Veränderungen führen dürften.

Wie hoch die jeweilige Grundsteuer im Einzelfall ausfallen wird, ist abhängig vom entsprechenden Grundsteuermessbetrag, der den Grundstückseigentümern vom Finanzamt per Bescheid mitgeteilt worden war. Multipliziert mit dem Hebesatz ergibt sich so die individuelle jährliche Steuerbelastung. Auf ihrer Internetseite gibt die Gemeinde ein Beispiel: Hat das Finanzamt einen Grundsteuermessbetrag von 60,51 Euro errechnet, ergibt das bei einem Hebesatz von 350 Prozent eine jährliche Belastung von 211,78 Euro.

Der Gemeinderat hat diesen Hebesatz von 350 Prozent zum 1. Januar 2025 sowohl für die Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe als auch für die Grundsteuer B für alle übrigen Grundstücke beschlossen. Zuvor hatte der Verwaltungsausschuss den ur-

sprünglichen Verwaltungsvorschlag angepasst. Dieser sah eine Anhebung der Grundsteuer A von 440 auf 562 Prozent und eine Absenkung der Grundsteuer B von 440 auf 339 Prozent vor. Dies hätte dem sogenannten aufkommensneutralen Hebesatz entsprochen, mit dem sichergestellt werden sollte, dass die Einnahmen der Gemeinde durch die Grundsteuer nach der Neuberechnung 2025 genauso hoch wären wie im Vorjahr.

Im Regionsvergleich hat die Wedemark bislang die niedrigsten Hebesätze, die 2024 um 21,9 Prozent (Grundsteuer A) beziehungsweise 25,9 Prozent (B) unter dem Regionsdurchschnitt liegen. Doch angesichts des zu erwartenden erheblichen Haushaltsdefizits in den kommenden Jahren ist künftig mit einer deutlichen Erhöhung zu rechnen. Die Verwaltung empfiehlt zum 1. Januar 2026 eine Hebesatzanpassung mindestens auf das Regionsniveau. Dies soll dann im Rahmen der Beratungen zur Haushaltskonsolidierung durch die Haushaltssatzung geschehen.

Für die aktuelle Anpassung war der Beschluss einer speziellen Hebesatzung durch den Rat erforderlich, da die Haushaltssatzung für 2025 erst im kommenden Frühjahr wirksam werden kann. Dann hätten die entspre-

chenden Steuerbescheide aber erst entsprechend spät versendet werden können, mit der Folge unerfreulicher Nachforderungen. Die erste Fälligkeit der neuen Grundsteuer ist gesetzlich auf den 15. Februar 2025 festgelegt.

Nötig wurde die neue Regelung zur Grundsteuer aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts. Das hatte das derzeitige System der Bewertung im Jahr 2018 für verfassungswidrig erklärt, da es gleichartige Grundstücke unterschiedlich behandelte und so gegen das im Grundgesetz verankerte Gebot der Gleichbehandlung verstoße.

Auch wenn sich die konkreten Auswirkungen der neuen Hebesätze erst im Einzelfall berechnen lassen, ist eine andere finanzielle Mehrbelastung für Hauseigentümer schon jetzt klar: In derselben Sitzung hat der Gemeinderat die Erhöhung der Gebühren für die Straßenreinigung beschlossen.

Eigentlich sollen die Gebühren drei Viertel der Kosten abdecken, doch ist dieser Kostendeckungsgrad seit 2018 kontinuierlich gesunken, 2023 auf nur noch 76,36 Prozent. Daher steigt die Gebühr ab dem 1. Januar 2025 von derzeit jährlich 1,39 Euro pro Meter Straßenfront eines Grundstücks auf 1,79 Euro. Die Gebühren für den Winterdienst bleiben gleich.

Mellendorf bekommt seine Grundschulwahl

4134 Unterschriften für Gebäudeerhalt gesammelt – deutlich mehr als nötig

MELLENDORF (KRA). Für Anna Hemme aus dem Sprecherkreis der Bürgerinitiative „Wedemark macht Schule“ war es eine spannende und intensive Zeit. „Wir haben ganz viele Gespräche geführt“, sagt sie. „Auch von den Skeptikern haben wir dabei einen Großteil überzeugen können.“ Dennoch sei sie bis zum Erreichen der Zielgeraden ziemlich angespannt gewesen. 2300 Unterschriften benötigten sie, zehn Prozent der Wahlberechtigten in der Gemeinde. Dass es dann plötzlich so viel mehr wurden, habe alle überrascht. 4134 Unterschriften kamen zusammen, die jetzt noch von der Verwaltung überprüft werden müssen.

Gesammelt wurde vor Schulen und Kitas und bei allen möglichen Gelegenheiten wie dem Kartoffelfest in Wennebostel oder bei Laternenumzügen. „Die Kinder sind an Halloween auch mit den Listen von Haus zu Haus gezogen“, sagt Isabell Steckhahn, die mit ihren achtjährigen Zwillingen Nike und Juna bei der Übergabe der dicken Mappen mit den Unterschriften im Rathaus in Mellendorf mit dabei war. „Auf einmal kamen ganz viel entgegengeflogen“, ergänzt Heike Fischer vom Sprecherteam der BI. „Das war wie bei einem Schneeballsystem.“

Mit den mehr als 4000 Unterschriften dürfte an dem Bürgerentscheid über Erhalt und Sanierung des Bestandsgebäudes der Grundschule Mellendorf kaum noch etwas vorbeikommen. Bürgermeister Helge Zychlinski (SPD) hatte bereits im Gemeinderat darauf hingewie-



Riesenerfolg: Anna Hemme (von links), Heike Fischer sowie Isabell Steckhahn mit ihren Zwillingen Nike und Juna (8) übergeben im Rathaus in Mellendorf 4134 Unterschriften für einen Bürgerentscheid.
Foto: Andreas Krasselt

sen, dass die Verwaltung selbstverständlich die Entscheidung respektieren und umsetzen werde, wie immer sie auch aussehen werde.

„Die Verwaltung wird die Unterschriftenlisten prüfen. Danach werden wir dem Verwaltungsausschuss kurzfristig einen Verfahrensvorschlag vorlegen“, so Gemeindeglossensprecher Ewald Nagel. „Wir betrachten das Ganze als einen legitimen demokratischen Vorgang. Inhaltlich sind wir jedoch nach wie vor der Überzeugung, wie vielfach dargelegt, dass ein Neubau der Grundschule Mellendorf in allen Belangen die beste Lösung ist.“

Auch Zychlinski hatte im Rat noch einmal in diese Kerbe geschlagen: „Es muss aber auch erlaubt sein, auf die Folgen dieser Entscheidung hinzuweisen“, betonte er.

Politik und Verwaltung hatten immer wieder vor dem Risiko unkalkulierbarer Kosten bei einer Sanierung gewarnt und auch auf die dann notwendig werdende längere Unterbringung der Klassen in Containern hingewiesen. Beim geplanten Neubau würde zudem das großzügigste Raumprogramm in der Wedemark umgesetzt. Die Bürgerinitiative verwies dagegen auf den besonderen pädagogischen Wert dieses in der Gemeinde einmaligen Schulgebäudes.

Nach Prüfung der Unterschriftenlisten muss der Bürgerentscheid innerhalb von drei Monaten folgen. Praktischerweise bietet sich da ein Zusammenlegen mit der Bundestagswahl im Februar an. Auch wenn der Aufwand für einen Bürgerentscheid laut Zychlinski nicht gewaltig groß sei, sollte er dann doch so schnell wie möglich erfolgen.

Zychlinski verwies indes auf den problematischen Umgang der Kritiker mit den Befürwortern eines Neubaus. Insbesondere ein Graffiti in der Stargarder Straße, in der ein engagiertes Mitglied der Bürgerinitiative wohnt, hatte ihn erzürnt: „Die Straße aufrechter Demokraten“, steht darauf zu lesen. Was suggeriert, dass es sich bei den Neubaubefürwortern eben nicht um aufrechte Demokraten handeln würde. „So darf man nicht miteinander umgehen, das ist unanständig“, sagte Zychlinski im Rat. „Ich finde es vollkommen unangemessen, diejenigen, die bereit sind, für ein so tolles Raumprogramm Mittel bereitzustellen, zu diskreditieren.“

AnzeigenSpezial



GELD UND RECHT

TIPPS, TRICKS UND RAT VON EXPERTEN



Nebeneinkünfte?

Wann die Steuererklärung Pflicht ist

Öfter mal etwas bei Ebay verkauft, hin und wieder Freunden geholfen und eine Aufwandsentschädigung erhalten? Dann gehören diese Einnahmen oft in die Steuererklärung. Versäumnisse werden hart geahndet. Machen Sie mit Ebay-Verkäufen mehr als 600 Euro Gewinn pro Jahr? Oder haben Sie Nebeneinkünfte – etwa aus Vermietung oder Verpachtung –, die die Grenze von 410 Euro pro Jahr übersteigen?

Dann sind Sie grundsätzlich dazu verpflichtet, eine Einkommensteuererklärung abzugeben und entsprechende Eintragungen vor-

zunehmen. Dabei sollten Sie unbedingt die Abgabefristen beachten, weil sonst gegebenenfalls Verspätungs- und Säumniszuschläge samt Zinsen fällig werden können.

Wer vergisst, in der Steuererklärung relevante Einnahmen anzugeben, riskiert empfindliche Strafen. Darauf weist der Bund der Steuerzahler hin. Bei falschen oder unvollständigen Angaben, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern einen Steuervorteil verschaffen, droht eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren oder eine Geldbuße. Schon der bloße Versuch dessen ist strafbar.

ES DROHEN HOHE BUSSGELDER

Verschärft wird die Strafe, wenn Steuern in einem besonders großen Ausmaß nicht gezahlt wurden. Dann kann der Strafrahmen von einem halben Jahr bis zu zehn Jahren Freiheitsentzug betragen, so der Steuerzahler-Bund. Leichtfertige Verstöße stellen immerhin noch eine Ordnungswidrigkeit dar, die mit einer Geldbuße von bis zu 50.000 Euro belegt werden können.

„Wer rechtzeitig unrichtige Angaben berichtet, bevor ein Buß-

geld- und Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet wurde, kann der Strafe entgehen“, sagt Daniela Karbe-Geßler vom Bund der Steuerzahler.

Das geht, insbesondere bei schwerwiegenden Fällen, nur im Rahmen der Selbstanzeige und unter strengen Voraussetzungen. Entscheidend ist zum Beispiel, dass die Angaben in der Selbstanzeige vollständig sind und alle nicht verjährten Steuerstraftaten einer Steuerart umfassen. Zudem müssen offene Steuern zuzüglich eines möglichen Zuschlags rechtzeitig nachgezahlt werden. (DPA)

Steuern? Wir machen das.

VLH.

Rolf Blum
Beratungsstellenleiter
Walsroder Str. 162
30853 Langenhagen
Rolf.Blum@vlh.de
☎ 0511/8 66 77 01

**FAIRSTER
STEUERHILFE-
VEREIN**
Ein Verein, der sich für die Interessen der Steuerzahler einsetzt und sie bei der Steuererklärung unterstützt.

**Vereinigte
Lohnsteuerhilfe e.V.**
LOHNSTEUERHILFEVEREIN

www.vlh.de

Wir beraten Mitglieder im Rahmen von § 4 Nr. 11 StBerG.

Rinne Steuerberatungsgesellschaft mbH

**Willi Rinne
Steuerberater
Stefan Kahnt
Steuerberater**

Im Wöhren 4
30900 Wedemark
OT Bissendorf
Telefon 05130/95 90 0
Telefax 05130/95 90 90

Erbe ausschlagen – wann das sinnvoll sein kann

Die Ausschlagungsfrist beträgt in der Regel sechs Wochen

Überschuldete Nachlässe zwingen Erben oft zu schwierigen Entscheidungen. Macht die Ausschlagung Sinn? Oder bietet sich doch eher eine Nachlassinsolvenz an? Lange Zeit bleibt nicht für Überlegungen. Haben Sie die Befürchtung, dass ein Erbe, das Ihnen zu kommen soll, überschuldet ist? Dann haben Sie die Möglichkeit, es auszuschlagen. Die Entscheidung

darüber müssen Sie aber zügig fällen. Schlagen Sie das Erbe nicht innerhalb von sechs Wochen nach Kenntnis des Erbfalls aus, gilt es als angenommen. Wer eine Immobilie erbt, schlägt die Erbschaft in der Regel aber nicht aus. Immerhin hat das Grundstück einen gewissen Wert, beim Haus kommt es auf den Zustand an. «Ist der Erblasser aber völlig überschuldet und die Immo-

lie in einem desolaten Zustand ist, kann es sinnvoll sein, das Erbe auszuschlagen», sagt Jan Bittler, Geschäftsführer der Deutschen Vereinigung für Erbrecht und Vermögensnachfolge. Die Alternative zur Ausschlagung: eine Nachlassinsolvenz. «Bei der Nachlassinsolvenz beschränkt sich die Haftung des Erben auf den Nachlass, sein Privatvermögen ist geschützt», sagt Bitt-

ler. Reicht das Vermögen des Erblassers also nicht aus, um dessen Schulden zu tilgen, müssen Erben für die Schulden nicht mit ihrem Privatvermögen haften. Bleibt doch etwas übrig, bekommen Erben zumindest diese Differenz. Für den Schritt bleiben Erben immerhin zwei Jahre Zeit. Beantragt wird die Nachlassinsolvenz beim zuständigen Amtsgericht. (DPA)

Janina Hitzemann
Rechtsanwältin
Fachanwältin für Arbeitsrecht

05139/970 92 30 oder 05130/976 69 19
www.kanzlei-hitzemann-burgwedel.de

Wir bedanken uns für Ihr Vertrauen und wünschen allen Mandanten und Geschäftspartnern fröhliche Weihnachten und ein gesundes Neues Jahr!

S Ihre Kanzlei für Arbeitsrecht

Arbeitsrecht für Arbeitnehmer und Arbeitgeber

Vertragsrecht

Verkehrsrecht

Grundstücksrecht